

Partei für Frieden und gegen Hunger



Als Kind hatte ich noch die Hoffnung, dass Menschen dazulernen und die Welt zu einem immer friedlicheren Ort werden würde. Nun, im Jahre 2023, muss ich enttäuscht feststellen, dass Russland immer noch die Ukraine bombardiert und auch viele weitere Gebiete der Welt von bewaffneten Konflikten betroffen sind. Die Menschen haben nicht gelernt, dass Krieg nur Verlierer und Verliererinnen kennt. Als Jugendliche hoffte ich, dass wir die Klimakatastrophe abwenden können. Jahre später sehe ich die Zeit davonrasen. Fortschritte gegen die Klimaerwärmung wurden kaum erzielt. Das enttäuscht und hinterlässt Gefühle der Ohnmacht. Eine Welt ohne Armut – das war und ist ein Wunsch von mir. Aber heute müssen weltweit 3,3 Milliarden Menschen mit unter 5,5 Dollar pro Tag leben. Viele Menschen in der Schweiz leiden unter den starken Preiserhöhungen und können sich Wohnung, Essen und Kleidung nicht mehr leisten.

Wir durchleben schwierige Zeiten. Und in diesen Zeiten gibt mir die SP Mut. Auch wenn die Wege holprig sind, so haben wir das Ziel einer friedlicheren, gerechteren und ökologischeren Welt fest im Blick. Wir ergreifen Partei für den Frieden und setzen uns gegen Diktaturen, Krieg und Ungerechtigkeit ein. Wir ergreifen Partei für unseren Planeten und unsere Kinder, die eine intakte Umwelt verdient haben, und wir ergreifen Partei für alle, die wegen der starken Preiserhöhungen nicht mehr über die Runden kommen. Die SP gibt Mut, die Probleme anzupacken und diese Welt zu verwirklichen – zusammen mit euch.

Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Einwohnerin.



LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
204 · Ausgabe AG · Januar 2023



Ausblick 2023: Einiges zu tun im DVI

Neben der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen, die sich durch den Krieg in der Ukraine und die drohende Energiemangellage ergeben, stehen im Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) natürlich auch mittel- und langfristige Aufgaben an. Im Fokus: Gemeindeorganisation, Integration polizeiliche Sicherheit, häusliche Gewalt.



Dieter Egli
von Windisch
ist SP-Regie-
rungsrat.

Das aargauische Gemeindegesetz stammt aus den 1970er Jahren und sollte in nächster Zeit totalrevidiert werden. Diese Gelegenheit werden wir nutzen, um mit den Gemeinden ihre aktuellen Herausforderungen und ihre zukünftigen Bedürfnisse zu diskutieren: Wie gehen sie mit dem Fachkräftemangel in Gremien und Verwaltung um? Wie entwickeln sich die Gemeindeversammlungen? Wie sieht es mit der Zusammenarbeit unter den Gemeinden aus? Und: Wie soll sich die Gemeindeflandschaft im Aargau entwickeln, nachdem es in den letzten Jahren zu vielen Zusammenschlüssen gekommen ist?

Eine wichtige Funktion haben die Gemeinden in der Integrationsarbeit. Mit der Weiterführung des kantonalen Integrationsprogramms, das sich momentan in der Vernehmlassung befindet, wollen wir die Regionalen Integrationsfachstellen weiter ausbauen, die von den Gemeinden getragen werden. Zudem geht es noch immer darum, spätmigrierte Jugendliche vor allem mit Deutschkursen so schnell wie möglich in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ist gut für die Jugendlichen, aber auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft.

Auf dem Prüfstand befindet sich momentan die duale Polizeiorganisation im Aargau mit den Regionalpolizeien, die für die lokale Sicherheit zuständig sind, und der Kantonspolizei, die insbesondere kriminalpolizeiliche Aufgaben abdeckt. Der Regierungsrat hat das System evaluieren lassen und schlägt

dem Parlament in einem Prüfbericht vor, dieses zu belassen und Optimierungen anzustreben, vor allem bei der Aufgabenteilung. Der Grosse Rat wird diskutieren, ob er dies auch so sieht, oder ob er eine Einheitspolizei anstreben will, wie es in den letzten Jahren immer wieder politisch gefordert wurde.

Ein Sicherheitsthema, das für viele Menschen – leider zunehmend – spürbar ist, ist die häusliche Gewalt. Im Sommer hat der Regierungsrat ein Massnahmenpaket präsentiert, in das neben der Polizei sehr viele Organisationen der Zivilgesellschaft involviert sind, die sehr gute und absolut wichtige Arbeit leisten. Wir wollen häusliche Gewalt enttabuisieren und dafür sensibilisieren. Erst dann kann es gelingen, einerseits Gewalt zu verhindern und Betroffene zu schützen, und andererseits Gewaltausübende konsequent zur Verantwortung zu ziehen.



LIEBE AARGAUER*INNEN

Am 22. Oktober 2023 kandidiere ich für den Ständerat. In den nächsten Monaten möchte ich euch die Gelegenheit geben, mich und meine Themen kennenzulernen. Kommt mit mir auf Besuch zu innovativen Unternehmen und Institutionen, die sich besonders für soziale und ökologische Themen stark machen. Mit dabei sind immer Expertinnen und Experten aus der Praxis und der Wissenschaft. Wir stellen Fragen, holen Bedürfnisse ab, packen selber mit

an, diskutieren und kommen miteinander ins Gespräch. Denn ich bin überzeugt: Durch Hinschauen, Zuhören und Diskutieren kommen wir voran und finden Lösungen – als Land, als Kanton und als Gesellschaft. Ich lade alle herzlich ein, mich an einen dieser Anlässe zu begleiten.

Herzliche Grüsse

Gabriela Suter

UNSERE STÄNDERÄTIN

GABRIELA SUTER

TREFFEN SIE MICH IN IHRER REGION



TREFFEN SIE MICH ZUM AUSTAUSCH MIT FACHLEUTEN IN IHRER REGION

KAUFKRAFT STÄRKEN

Sa. 4. März 10.00 Uhr
Aarau, Bahnhof
«Unterdurch» –
Armut in der Schweiz
Stadtrundgang

Di. 4. April 19.00 Uhr
Baden, Kulturcafé
Schwindende Kaufkraft: Wenn das Geld nicht reicht
Podium & Diskussion mit Fachleuten & Betroffenen

FACHKRÄFTEMANGEL BESEITIGEN

Mi. 25. Januar 17.00 Uhr
Muri, pflegimuri
Was es gegen den Pflegenotstand braucht
Führung & Diskussion

Do. 26. Januar 17.45 Uhr
Rothrist, Rivella
Arbeitskräftemangel, Energiepreise: Herausforderungen für KMU
Besichtigung & Austausch



INNOVATIVES UNTERNEHMERTUM FÖRDERN

Di. 14. Februar 18.30 Uhr
Lenzburg, NIKIN
Nachhaltige Textilindustrie – (kein) Widerspruch?
Führung, Inputreferate & Diskussion

Sa. 27. Mai 13.30 Uhr
Stetten, Wildenau
Reisanbau im Aargau
Besichtigung, vorher Wanderung & Picknick



INTEGRATION VORANBRINGEN

Di. 21. März 16.00 Uhr
Möhligen, Trinamo
Jobs – auch für Menschen mit Handicaps
Führung & Austausch

So. 26. März 10.00 Uhr
Lengnau, jüdischer Kulturweg
Toleranz und Integration, statt Rassismus und Ausgrenzung
Rundgang & Diskussion

Do. 6. April 17.00 Uhr
Frick, Clublokal ACLI
Frauen auf der Flucht
Gesprächsrunde mit Fachleuten und Betroffenen

Fr. 28. April 14.00 Uhr
Strengelbach, Stiftung azb
Inklusion als Ziel: Umsetzung der Behindertenrechtskonvention
Besichtigung & Diskussion

Mo. 8. Mai 16.00 Uhr
Muri, Murimoos
Arbeitsintegration und Biolandwirtschaft im Murimoos
Führung & Rundgang



KLIMA & UMWELT SCHÜTZEN

Do. 30. März 17.00 Uhr
Würenlingen, ZWILAG
Was bedeutet das geplante Atommülllager für den Aargau?
Besichtigung & Diskussion

Sa. 29. April 10.00 Uhr
Kleindöttingen, Naturzentrum
Lebensraum Feuchtgebiete: Auf Vogelpirsch am Klingnauer Stausee
Exkursion

Do. 25. Mai 19.00 Uhr
Aarau, Naturama
Wie wir unsere Klimaziele erreichen
Wissenschaftsreferate & Podium

Sa. 3. Juni 9.00 Uhr
Zeihen, Forstwerkhof
Auf Neophytenjagd im Jurapark Aargau
Umwelteintritt mit anschliessendem Bräteln



VERSORGENGS- SICHERHEIT STÄRKEN, ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

März (Datum vgl. Website)
Birr, General Electric
Gegen eine Strommangellage: Notkraftwerk Birr
Besichtigung, Inputreferat & Diskussion

Sa. 25. März 10.00 Uhr
Villigen, Paul Scherrer Institut
So funktioniert das erneuerbare Energiesystem der Zukunft
Besichtigung & Diskussion

Mi. 5. April 17.00 Uhr
Fahrwangen, PlusEnergie-MFH
Mit Solarkraft gegen die «Winterstromlücke»
Besichtigung & Fachgespräch



KREISLAUF- WIRTSCHAFT ETABLIEREN

Sa. 18. März 10.00 Uhr
Reinach, Recyclingparadies
Wertvoller Abfall – warum sich Recycling lohnt
Führung & Diskussion

Sa. 1. April 13.30 Uhr
Rheinfelden
Gemeinsam gegen Littering
Umwelteintritt

SANFTE MOBILITÄT FÖRDERN

So. 14. Mai 10.00 Uhr
Bremgarten
Velopolitik in Bewegung
Freiämter Velotour & Diskussion

So. 4. Juni 11.00 Uhr
Reinach, Haltestelle Nord
Homburg: Wanderung auf die Aargauer Rigi
Wanderung mit Überraschungsgästen & Bräteln



MEHR INFOS & ANMELDUNG

www.gabrielasuter.ch/unterwegs
oder per Telefon 062 834 94 74



Bei jeder Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2023

Eine erfolgversprechende Liste

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau hat für die 16 Plätze auf der Nationalratsliste folgende Kandidierende vorgeschlagen:



Der Parteitag vom 21. Januar 2023 hat die Kandidaturen und deren Reihenfolge auf den Wahlunterlagen gutgeheissen. Wir wünschen den Kandidatinnen und Kandidaten einen interessanten Wahlkampf und viel Glück und Erfolg am 22. Oktober.

Alle Kandidierenden für den Nationalrat werden sich in den folgenden vier links.ag-Ausgaben mit ihrem Profil und ihren Zielen vorstellen. Angaben zu weiteren Veranstaltungen und Terminen der Kandidierenden über sp-aargau.ch.

SP Aargau Co-Präsidentin Nora Langmoen zu den Wahlen:

Motiviert und tatkräftig starten wir in den Wahlkampf. Wir ergreifen Partei für eine solidarische, umweltfreundliche und familienfreundliche Schweiz. Wir stehen für eine

Schweiz, in der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf selbstverständlich ist. Eine Schweiz, in der die Menschen mit Preissteigerungen und in der Not nicht allein gelassen werden. Wir wollen eine Schweiz mit einem starken und bezahlbaren Gesundheitssystem für alle.

Auf unserer Liste sind 16 engagierte und vielversprechende Kandidierende aus allen Regionen unseres Kantons. Eine starke Verankerung vor Ort zeichnet sie aus. Sie sind bereits über ihre Bezirke hinaus bekannt und in Vereinen und Verbänden im Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- sowie Kulturbereich bis hin zum Gehörlosen- und Bauernverband aktiv.

In ihren Themengebieten prägen sie schon jetzt den Aargau mit und wollen ihr Engagement auf der nationalen Ebene

fortsetzen. Diese thematisch breite Verankerung bietet uns als SP die Chance, die Vielfalt unserer Partei aufzuzeigen. Es sind spannende Politiker:innen, die es sich lohnt, kennenzulernen. Sie freuen sich, persönlich bei euch zu einem Polit-Apéro vorbeizukommen. Gerne tauschen sie sich mit dir, deinen Kolleg:innen, Nachbarn und Bekannten aus und freuen sich, zu einem Polit-Apéro eingeladen zu werden.

Wir sind stolz, mit einer solchen engagierten und vielfältigen Liste in den Wahlkampf ziehen zu können. Mit euch werden wir mindestens unsere drei Nationalratssitze verteidigen und den Ständeratssitz mit Gabriela Suter gewinnen. Dafür müssen wir alle anpacken! Ergreifen wir Partei für eine soziale und umweltfreundliche Schweiz!

DIE AXPO-GESCHICHTE (TEIL 2)

Falsche Behauptungen verschleiern die Wahrheit



Leo Keller von Aarau ist Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau.

Axpo – da war doch was?

Im letzten links.ag berichteten wir über die Hintergründe, die dazu führten, dass der Bund – nach den Banken – nun auch für die Energiewirtschaft einen Rettungsschirm von 10 Milliarden aufspannen musste. (zum Vergleich: Der NEAT Basis-Tunnel kostete 22 Milliarden). Der Axpo (Jahresumsatz 2020: 4,8 Milliarden) wurde ein Notkredit von 4 Milliarden zugesichert. Das Parlament bewilligte nachträglich den Rettungsschirm für die Energiewirtschaft in der Höhe von 10 Milliarden.

Weil sie «systemrelevant» seien, fühlte sich der Bund genötigt, für privatwirtschaftlich organisierte Energiefirmen plötzlich Staatsgarantien zu gewähren. Die Axpo «begründete» ihren enormen Kreditbedarf mit den horrenden Preisausschlägen an der Strombörse. Diese zwängen sie, proportional zum Strompreis immer höhere finanzielle Sicherheiten für ihre Termingeschäfte für die kommenden Jahre zu hinterlegen.

Böse Zungen behaupteten schon damals, dass nicht nur der selber produzierte Strom, sondern vor allem die von der kleinen Handelsabteilung getätigten viel grösseren «Warendermin-Geschäfte/Futures» diesen enormen Kreditbedarf ausgelöst hätten. Die Axpo lieferte dazu aber nie detaillierte Zahlen.

«Der Stromhandel rettet das Geschäftsjahr 2022»

Am 8. Dezember 2022 verkündete die Axpo an ihrer Bilanzpressekonferenz:

1. Die Axpo erzielt trotz garstigem Marktumfeld beachtliche Gewinne (600 Millionen).
2. Für den Gewinn sei nur der viel geschmähte Stromhandel verantwortlich.
3. Die Axpo habe den Not-Kredit doch nicht beansprucht – die Rettung erfolgte aus eigener Kraft.

Diese Charme-Offensive von CEO und VR-Präsident war offenbar sehr wirkungsvoll. NZZ und CH Media übernahmen diese Aussagen vollständig. Keine Zeitung stellte irgendeine kritische Frage zu den höchst zweifelhaften Zahlen (Umsatz hat sich von 5 auf 10 Milliarden verdoppelt, die Bilanz explodierte (von 40 auf 80 Milliarden), der Eigenkapitalanteil sank auf 7 Prozent. Man zeigt Verständnis, denn der CEO verzichtet ja auf seinen Bonus (2021: 585 000) – dass sein Fixsalar dafür von 629 000 auf 821 000 anstieg, meldete niemand separat. Dazu müsste man alle 160 Seiten des Finanzberichtes lesen ...

Ammenmärchen Nr. 1: Die Axpo schreibt Gewinn

Das Gegenteil ist wahr: Der Geschäftsbetrieb der Axpo im Geschäftsjahr 2022 schliesst mit einem operativen Verlust von rund 3 Milliarden. Dieser wird nur durch einen speziellen Trick in einen buchhalterischen Gewinn verwandelt. Statt dass die Axpo – wie in den Vorjahren üblich – auf ihre drei AKW und die hundert Wasserkraftwerke eine Abschreibung von rund 600 Millionen vornimmt, wertet sie alle Kraftwerksanlagen um rund 3,5 Milliarden auf. Grund: weil diese in Zukunft ihren Strom zu einem höheren Preis verkaufen können und darum mehr wert seien. Dies mag formal korrekt sein. Aber die entscheidende Botschaft an die Eigentümer

muss doch sein: Wenn wir so wirtschaften, machen wir horrenden Verluste. Denn nur dann kann der Eigentümer das richtige Management bestimmen und klare Instruktionen erteilen, damit die Axpo aus dem Schlamm wieder herauskommt. So aber soll nichts geschehen, wenn es nach dem aktuellen Management und Verwaltungsrat geht.

Diesen «Trick» wird die Axpo nicht nochmals anwenden können. Doch davon liest man im ganzen Geschäftsbericht nichts.

Ammenmärchen Nr. 2: Der Stromhandel ist für den Gewinn verantwortlich

Das Gegenteil ist höchstwahrscheinlich richtig: Der in den letzten Jahren enorm aufgeblähte Stromhandel hat der Axpo einen operativen Verlust von rund 3 Milliarden eingetragen. (Eine HSG-Studie spricht von einem Gesamtverlust von 8,7 Milliarden in der Periode 2009–2018. Der Anteil an den so entgangenen Dividenden für den Aargau beträgt demnach 2,4 Milliarden.). Denn diese «Warendermingeschäfte» sind mit beachtlichen Risiken verbunden (die Branche rechnet mit 5–10 Prozent Ausfallrisiko). Diese Ausfallrisiken kann man natürlich absichern (hedging). Diese Absicherung kostet aber gutes Geld. Und je grösser das Volumen, das man so absichern muss, umso teurer wird es. Wir meinen, die Zahlen lassen ver-



muten, dass die Axpo im 2022 mindestens 3 Milliarden zusätzliche «Sicherheitskosten» verbuchen musste. Genaue und bezüglich der unterschiedlichen Aktivitäten differenzierte Zahlen findet man im 160 Seiten starken Finanzbericht leider keine.

Ammenmärchen Nr. 3: Die Axpo benötigt den Rettungsschirm des Bundes gar nicht

Das ist eigentlich der stärkste demagogische Trick: Die faktische Staatsgarantie (zu teuren Konditionen) muss darum gar nicht in Anspruch genommen werden, weil es sie gibt! Weil jetzt sind die Banken gerne bereit, die Liquiditätskredite zu guten Zinskonditionen zu geben, denn nun tragen sie keine Ausfallrisiken mehr – weil diese der Bund übernommen hat. Kurz nach der Zusage des Bundes erhielt die Axpo darum von einem Bankenkonsortium eine weitere Kreditlimite von insgesamt 6 Milliarden. So funktioniert staatlich garantierte Privatwirtschaft: «mehr staatliche Risikoübernahme – mehr private Profite». (Wie hiess es doch mal so schön von bürgerlicher Seite: «weniger Staat – mehr Freiheit»?)

Ammenmärchen Nr. 4: Die Axpo startet eine Solaroffensive

Die Axpo verkündete an der Bilanzpressekonferenz vollmundig auch eine «Solaroffensive». Sie wolle bis 2030 sechs Mal mehr PV-Anlagen installieren, als sie bisher geplant hatte. Tönt toll – ist aber bei Lichte besehen ein Eingeständnis der bisherigen Verweigerung, an der (alten) Energiestrategie 2050 des Bundes aktiv mitzuwirken. Denn statt 200 Megawatt hätte die Axpo bis 2030 zwei Gigawatt (GW) PV-Leistung installieren müssen – zehn Mal mehr – wenn sie weiterhin 40 Prozent der Stromproduktion der Schweiz liefern will.

Das Parlament hat im September 2022 aber die Zubauziele für die PV-Energie massiv erhöht. Die Axpo müsste darum bis 2030 7,2 GW installiert haben. Sie will neu aber nur 1,2 GW installieren – das sind genau 1/6 ihrer Anteile an den Zielen des Bundes. Das nennt man «destruktive Energiepolitik».

Wann reagiert die Politik?

Es wird wohl wirklich Zeit, dass die Eigentümer-Kantone der Axpo dem Management klar und deutlich erklären, was eigentlich ihre Aufgabe ist: für eine nachhaltige klimagerechte Stromversorgung zu sorgen – und zwar subito! Und nicht faktisch unkontrolliert – mit Staatsgarantien – an den Strombörsen Kasino spielen, um unter anderem für dreissig Stromhändler Boni von mehr als 1 Million zu ermöglichen und horrenden Verluste zu riskieren.

GENÜGENDES SCHULISCHES ANGEBOT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE MIT BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Der Kanton ist verantwortlich – die SP setzt sich weiter ein

Im Aargau hat jedes zwanzigste Kind, das im Aargau die Volksschule besucht, eine erhebliche Beeinträchtigung. Viele weitere Kinder und Jugendliche mit besonderen schulischen Bedürfnissen sind auf eine spezielle Förderung angewiesen. Diese ist aber nicht in genügendem Ausmass vorhanden.



Simona Brizzi von Ennetbaden ist SP-Grossrätin. Sie kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

Der Kanton Aargau ist gemäss Bundesverfassung verpflichtet, für Menschen mit einer Behinderung ein angemessenes Betreuungsangebot und eine ausreichende Sonderschulung zu schaffen. Im Betreuungsgesetz des Kantons Aargau wird festgehalten, dass für alle Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen differenzierte Angebote zur Verfügung stehen, die dem individuellen, betreuerischen, pflegerischen und schulischen Bedarf dieser Menschen entsprechen (§ 18 Betreuungsgesetz).

Aktuell fehlen über 140 Sonderschulplätze im Volksschulbereich.

Für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die aufgrund von Behinderung, sozialen oder familiären Notlagen Betreuungsbedürfnisse haben, stehen in unserem Kanton verschiedene und differenzierte Angebote zur Verfügung. Die vorhandenen Angebote decken den aktuellen Bedarf jedoch bei weitem nicht ab.

Eltern und Angehörige beklagen sich über sehr lange Wartelisten mit entsprechend monatelangen Wartezeiten aufgrund mangelnder Kapazitäten in den Ambulatorien, insbesondere im Bereich Psychomotorik,

Logopädie, Autismus, aber auch Heilpädagogische Früherziehung. Schulleitungen, Schulpsychologische Dienste (SPD) und Eltern suchen in monatelanger Ungewissheit verzweifelt nach geeigneten freien Plätzen in Sonderschulen, dies insbesondere für Kinder und Jugendliche mit sozialen Beeinträchtigungen.

Seit längerem ist die kantonale Planung unzureichend. Aktuell fehlen zum Beispiel über 140 Sonderschulplätze im Volksschulbereich. Steht kein Sonderschulplatz zur Verfügung, muss die Gemeinde als Trägerin der Volksschule aufgrund des gesetzlichen Auftrages die Schulbildung des Kindes trotzdem sicherstellen.

Die Schulgemeinden müssen also innerhalb oder ausserhalb des Kantons anerkannte Plätze für diese Kinder suchen. Dies ist ein schwieriges Unterfangen. Schon seit längerem kommt es vor, dass für Kinder und Jugendliche weder innerhalb noch ausserhalb des Kantons in grösserer Zahl anerkannte Sonderschulplätze gefunden werden können. Aktuell heisst das, dass auf eine Privatschule oder Homeschooling ausgewichen wird. Diese Kosten müssen dann die Gemeinden tragen, da die Angebote vom Kanton nicht anerkannt und damit auch nicht bezahlt werden. Der Regierungsrat bestätigt, dass Handlungsbedarf besteht und verweist auf drei laufende Projekte, die zum Teil auch dank diverser Vorstösse von unserer Seite umgesetzt werden. Griffige Lösungen für die Probleme fehlen jedoch noch. Der Kanton darf sich nicht aus der Verantwortung nehmen, denn er ist verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Angebot sicherzustellen, so wie es auch in der Bundesverfassung steht.

Die SP wird weiter alles tun, damit möglichst bald alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihren Bedürfnissen, Möglichkeiten und Stärken unterstützt und gefördert werden können.

Kaufkraft stärken – Prämien senken!

Die Preisspirale dreht sich immer weiter. Sie scheint nur noch eine Richtung zu kennen. Nach oben! Alles wird teurer, Löhne werden kaum angepasst und stagnieren im besten Fall. Lebenshaltungskosten nehmen zu, Energie, Alltags-güter, aber auch Mieten und Gesundheit führen zu Mehrbelastungen. Steigende Krankenkassenprämien belasten insbesondere Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen zusätzlich. Im Durchschnitt stiegen sie schweizweit zuletzt um 6,6 Prozent. Im Aargau liegt der Prämienanstieg bei 5,9 Prozent. Die Politik ist gefragt. Es besteht dringender Handlungsbedarf.



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und Grossrat. Er kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

Obwohl parteiübergreifend Konsens darüber besteht, dass die Teuerung zu einer deutlichen Minderung der Kaufkraft führt, nehmen die anderen Parteien ihre Verantwortung für unsere Gesellschaft nicht wahr. Die

bürgerlichen Parteien sind an Entlastungen nicht interessiert. Während die rechtsbürgerlichen Parteien aus ideologischen Gründen jede Prämienentlastung auf nationaler und kantonaler Ebene entschieden ablehnen, so wirft das Hin- und Her der Mitte kein gutes Bild auf den Zustand dieser Partei.

Nur die SP setzt sich seit Jahren konsequent für eine Entlastung aller Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen ein. In diesem Sinne fordern wir als SP-Fraktion in einem kürzlich eingereichten parlamentarischen Vorstoss (Postulat) den Regierungs-

rat auf, einen Vorschlag zu prüfen und zu unterbreiten, der eine Mehrbelastung tiefer und mittlerer Einkommen durch den zu erwartenden Prämienanstieg 2023 verhindert. Der Kreis an Bezügerinnen und Bezüger bei den Prämienverbilligungen soll 2023 angepasst werden. Jeder Haushalt soll nicht mehr als 10 Prozent seines Einkommens für Krankenkassenprämien aufwenden müssen. Die reale Prämienbelastung darf nicht weiter ansteigen.

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Druck wird weiter zunehmen. Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Seitens der bürgerlichen Parteien scheint man die Lage zu verkennen, wenn man die Sorgen und Nöte der Bevölkerung nicht ernst nehmen will. Sollten weiterhin Einsicht und Verständnis fehlen, dann werden wir mit unserer Krankenkassenprämien-Initiative den Kampf weiterführen. Die Chancen für eine Zustimmung zur Initiative in der Bevölkerung stehen gut.

SONNTAGSVERKAUF

Ein Wort zum Sonntag



Jürg Keller von Tägerig war langjähriger Sekretär des vpod Aargau/Solothurn.

Einmal mehr soll der Sonntag als Ruhetag dem Kommerz geopfert werden. Rund dreissig Mitglieder des Grossen Rates aus allen Parteien fordern dies mit einem Vorstoss. Ihre Begründung: Für das Überleben der Verkaufsgeschäfte, die Belebung der Innenstädte, die Förderung sowohl der Altstädte wie auch der Einzigartigkeit unseres vielfältigen Kantons sei ein weiterer, dritter Sonntag pro Jahr, an dem Arbeitnehmende in Verkaufsgeschäften bewilligungsfrei arbeiten dürfen, zwingend nötig. Es dürfe nicht sein, dass die Gemeinden in der Ausübung ihrer Kulturen und Traditionen – sprich Märkte und Feste – weiter ausgebremst werden.

Als Bürger dieses Landes gehe ich davon aus, dass der Sonntag als allgemeiner Ruhe-

tag und bewusster Unterbruch des wöchentlichen Arbeitsrhythmus ein nicht ganz unbedeutender Teil unserer Kultur ist. Nahezu alle Kulturen kennen einen solchen freien Tag. Damit nicht Arbeit, Leistung und Kommerz zum Mass aller Dinge werden. Nun muss ich staunend zur Kenntnis nehmen, dass dem offenbar nicht so ist. Aber auch wenn mich diese kantonalen Parlamentsmitglieder eines Besseren belehren wollen, bin ich nach wie vor von der Notwendigkeit des Sonntags als Frei- und Ruhetag überzeugt. Das bremsst weder die Gemeinden in der Ausübung ihrer Kulturen und Traditionen aus, noch verliert unser Kanton der Regionen deswegen seine Einzigartigkeit.

Abgesehen davon ist es nach wie vor so, dass kleine Ladengeschäfte von einer Sonntagsöffnung nicht profitieren. Der Mehrumsatz deckt die damit verbundenen Kosten kaum. Und in diesen inflationären Zeiten haben die Kunden nicht die finanzielle Potenz, so viel auszugeben, dass es sich für die kleinen Läden rentieren würde. Sie können

ihr Geld auch künftig nur einmal ausgeben. Und wer dem Verkaufspersonal einen Dienst erweisen möchte, würde sich besser für höhere Löhne einsetzen, anstatt es zur Sonntagsarbeit zu zwingen.

Ich persönlich werde weiterhin am Sonntag keinen Fuss in einen Laden setzen, sondern ausschlafen, gemütlich frühstücken, Ausflüge mit der Familie machen, mit anderen plaudern und Kaffee trinken, Lesen, Spielen, Museen besuchen, Musik hören und mich an diesem Ruhetag erfreuen.

KK. Seit Jahren wird im ganzen Land immer wieder über eine Erweiterung der Ladenöffnungszeiten debattiert, zum letzten Mal 2016 im Eidgenössischen Parlament. Ohne Änderung. SP und Grüne und teilweise die CVP waren stets gegen Ausweitungen, die Bürgerlichen dafür, jedoch auch in der SP war nie eine Mehrheit dafür. Im Aargauer Grossen Rat wurde am 8. November 2022 eine Motion von Mitgliedern aller Fraktionen (aus der SP waren es vier) eingereicht, die bewilligungsfrei einen weiteren Sonntagsverlauf im Dezember verlangt. Die Motion wurde noch nicht behandelt.

INTEGRATIONSPOLITIK

Das neue Integrationsprogramm genügt nicht

Alle vier Jahre legt der Bund den Kantonen eine Förderstruktur vor, die Kantone passen an und so entsteht das KIP – das Kantonale Integrations-Programm. Das dritte KIP 2024–2027 liegt zur Vernehmlassung vor, die Vorlage kommt im Sommer 2023 in den Grossen Rat. Es ist nicht viel mehr als alter Wein in neuen Schläuchen. Für die SP zu wenig. Für Chancengerechtigkeit und Teilhabe braucht es mehr. Mehr Geld. Mehr Personal. Mehr Engagement.



Luzia Capanni von Windisch ist SP-Einwohnerrätin und Fraktionschefin, Mitglied in der Kommission Integration Windisch und SP-Grossrätin. Sie kandidiert im Oktober für den Nationalrat.

2022 stiegen die Asylgesuche auf das Rekordniveau 2015/16 – die Menschen aus der Ukraine nicht eingerechnet. Zudem kamen viele Menschen wegen Arbeit, Familie und Ausbildung in die Schweiz.

Viele dieser Neueingereisten bleiben in der Schweiz. Sie werden arbeiten, leben, lieben, lernen. Sie sind gesund, krank, jung, alt, hoch- oder niedrigqualifiziert. Der Arbeitsmarkt sucht händierend Personal – in allen Branchen. Es war immer so, und so wird es bleiben: die Schweiz braucht die Einwanderung und profitiert von ihr. Da kann Rechtskonservativ noch so toben, schreiben und brüllen.

Damit die Gesellschaft und das Zusammenleben funktionieren – und damit die Ressourcen der Menschen optimal in der Arbeitswelt eingesetzt werden können – braucht es Integration. Es braucht Deutschkurse sowie Informationen, Beratung und Begleitung bei der Arbeitssuche, bei der Ausbildung und beim Marathon durch Ämter und Formulare. Ziel ist ein eigenständiges Leben, finanzielle Unabhängigkeit und die Partizipation in der Gesellschaft. Und ja: Es wäre auch schön, wenn die Menschen glücklich und zufrieden wären. Der KIP

3-Vorschlag des Regierungsrats ist eine Fortführung des Bisherigen – mit mehr Geld für die Sprachförderung und die neuen Integrationsfachstellen in den Regionen. Sonst wird gespart und die Zitrone weiter ausgepresst. Das neue KIP ist ein bisschen Arbeit nach Vorschrift – ohne Lust, ohne Mut. Wir sind enttäuscht. Dabei gäbe es so viel zu tun:

- Die Finanzierung der Frühförderung muss vom Kanton mitgetragen werden. Denn der Nutzen der frühen Sprachförderung für den späteren Schulerfolg ist zentral.
- Es braucht ausreichend Angebote für spätmigierte Jugendliche, welche vorbereitend für eine Lehre oder Mittelschule sind.
- Unterstützung und Begleitung der Ausländer:innen in der Anerkennung von Ausbildungen und Diplomen könnte dem Fachkräftemangel und der erhöhten Arbeitslosigkeit von Ausländer:innen entgegenwirken.
- Menschen mit wenig Deutschkenntnissen brauchen einfache Zugänge zu RAV, Sozialen Diensten und anderen Fachstellen.
- Menschen werden aufgrund ihrer Herkunft bei der Suche nach Arbeit, Wohnraum und im Alltag diskriminiert. Auch das wird im neuen Vorschlag nicht thematisiert.

Wir werden in der Vernehmlassung, in der Kommissionsarbeit und dann in der Ratsdebatte für ein besseres KIP 3 kämpfen. Wir werden einmal mehr Partei ergreifen für Menschen. Sozial und solidarisch. Damit wir alle zusammen bereit für Morgen sind.

«Dey»



Heute ist es für die Schweizer Öffentlichkeit unmöglich, darüber hinwegzusehen, dass nicht-binäre Personen existieren. So ist der*die Preisträger*in des Deutschen sowie des Schweizer Buchpreises 2022, Kim de l'Horizon, eine Person, die entweder ohne Pronomen oder mit «dey» angesprochen wird und weder Mann noch Frau ist. Kaum eine medienkonsumierende Person kann ignorieren, dass es in unserer Gesellschaft neben Menschen, die sich als Mann oder Frau sehen, auch Menschen gibt, die keiner der beiden Geschlechtervarianten zuzuordnen sind. Freilich ist das keine neue Erkenntnis, aber es ist ein Wissen, das bisher von der Schweizer Politik geflissentlich übergangen wurde. Am 21. Dezember 2022 hätte der Bundesrat die Chance gehabt, diesen blinden Fleck zu beheben. Er hätte einen parlamentarischen Vorstoss zur Einführung eines dritten Geschlechtseintrags positiv beantworten können. Mit einer kleinen Anpassung hätte die Realität der Existenz non-binärer und intergeschlechtlicher Menschen in der Schweiz anerkannt werden können. Dreimal «hätte», weil der konservative Bundesrat diese Chance verpasst hat. Die Gesellschaft sei noch nicht bereit für diesen Schritt, und es gebe einiges an rechtlichen Konsequenzen bei der Einführung einer solchen Option. Eine Antwort, die 2022 eigentlich nicht mehr tragbar sein kann. Zahlreiche Länder in Westeuropa wie beispielsweise Deutschland, Österreich, Schottland oder Island kennen bereits Lösungen zur Abbildung der Pluralität der Geschlechter. Ein dritter Geschlechtseintrag ist für viele Menschen von materieller Bedeutung und lebenswichtig. Erst mit der Anerkennung haben Schutzhäuser und weitere Angebote, die für nicht-binäre Personen zugänglich werden sollten, Möglichkeit auf Unterstützung. Die konservative Landespolitik muss endlich anerkennen: Eine Ehe für alle genügt noch lange nicht für eine echte Gleichberechtigung aller LGBTQIA+-Personen.

Mia Jenni aus Obersiggenthal ist Literaturwissenschaftlerin, Sekretärin der SP queer Schweiz und arbeitet in der Kulturförderung. Sie ist SP-Einwohnerrätin, im SP-Vorstand der SP Bezirk Baden und Präsidentin des Forum 1. Mai in Baden. Mia Jenni kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

DEUTSCHPFLICHT IN DER SCHULE

Gut gemeint, aber nicht zielführend

In einem Informationsschreiben hat sich die Schulleitung von Reinach an Eltern und Erziehungsberechtigte gewendet: Sie befürchtet, dass die Kompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler im Umgang mit der Sprache Deutsch abnehmen würde. Viele Kinder würden auch innerhalb des Schulbetriebs eine andere Sprache als Deutsch sprechen.

Aus «Sorge» über die aktuelle Entwicklung ordnete die Schulleitung an, dass «als Sofortmassnahme auf dem gesamten Schulareal, auch auf den Pausenplätzen der Schulhäuser und auf den Kindergartenarealen ausschliesslich Deutsch (Schweizerdeutsch oder Hochdeutsch) gesprochen werden soll».

Diesem Informationsschreiben kann man die durchaus berechtigten Sorgen der Schulleitung entnehmen. Sie sind ernst zu nehmen. Aber die plötzliche «Sofortmassnahme» und gut gemeinte Empfehlungen an die Eltern und Erziehungsberechtigten werfen Fragen auf.

Offen ist zum Beispiel, welche bisherigen Massnahmen gegen den offenbar «gravierenden Kompetenzverlust» bereits im Vorfeld getroffen wurden. Wurden die kantonalen Behörden informiert? Hatte man sich an die Expertinnen und Experten der Fachhochschulen gewandt?

Sollen nun Lehrpersonen in den Pausen als «Sprachpolizist*innen» eingesetzt werden und Schülerinnen und Schüler für einen mutmasslichen «Verstoss» gegen die Sofortmassnahme, für welche es mit grosser Wahrscheinlichkeit keinerlei Rechtsgrundlage gibt, «bestraft» werden? Pädagogisch macht ein Verbot keinen Sinn. Wer soll hier kontrollieren und wie soll das Verbot durchgesetzt werden? Welche Sanktionen sind angemessen?

Es ist unbedingt notwendig, auf bestehende Herausforderungen und allfällige Probleme hinzuweisen und zu sensibilisieren, aber Verbote und eine «Deutschpflicht» sind hierbei definitiv der falsche Weg. Aus wissenschaftlichen Studien wissen wir, dass das Beherrschen der Erst-



Stefan Dietrich, Co-Präsident SP Aargau und Grossrat, Lehrperson, Historiker. Er kandidiert im Oktober 2023 für den Nationalrat.

sprache für den Erwerb einer Zweitsprache zentral ist. Die Erstsprache bildet den Grundstein für das Erlernen weiterer Sprachen.

Die Situation in vielen Schulen widerspiegelt unsere alltägliche gesellschaftliche Realität. Kapital und Arbeit sind nicht ortsgebunden. Migration ist eine Folge unseres Wirtschaftssystems – gleichzeitig aber auch der bisherige Garant unseres materiellen Wachstums und Wohlstands. Die Thematik ist vielschichtig. Die beschriebene Situation an der Kreisschule hat unterschied-

liche Ursachen. Diese sind politischer, sozialer und wirtschaftlicher Art. Nicht fremdsprachige Kinder sind «das Problem», sondern die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen vor Ort. Löhne, Mieten, Lebenshaltungskosten und familien- und schulergänzende Betreuungsstrukturen sind für die Wahl eines Wohnortes entscheidend. Die Politik ist gefragt, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu optimieren, Schulen und Lehrpersonen mittels integrationsfördernden Massnahmen zu stärken, sowie Eltern und Kinder zu unterstützen. Ein Verbot, gar Repression sind nicht zielführend.

Ergänzung:

Meine Eltern waren beide als Arbeiter und Angestellte über viele Jahre im Schichtbetrieb. Meine Mutter arbeitete an zwei Arbeitsstellen. Ich wuchs mehrsprachig auf. Während meiner Schulzeit (Oberstufe) nützte ich ein zusätzliches, freiwilliges Förderangebot «Deutsch für Arbeiterkinder».

Die Situation in vielen Schulen widerspiegelt unsere alltägliche gesellschaftliche Realität.

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, sekretariat@sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr / Auflage links.ag: 3066
Redaktion: Katharina Kerr, katkerr(at)katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe 5. Januar 2023
Redaktionsschluss nächste Ausgabe 20. Februar 2023
Erscheinen nächste Nummer 13. März 2023

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Simona Brizzi, Luzia Capanni, Stefan Dietrich,
Dieter Egli, Mia Jenni, Jürg Keller, Leo Keller,
Katharina Kerr, Nora Langmoen, Gabriela Suter.

AGENDA

22. März, 19 Uhr
Fachausschusspräsidienitzung